



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351
Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis
Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis
Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 29. Januar 2014

Bericht aus Berlin 2/2014

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Die große Koalition nimmt Fahrt auf! Die Phase des Sich-Findens, Sich-Sortierens und des Sich-Abtastens in Regierung, Koalition und auch bei uns in der Fraktion geht jetzt ganz schnell über in die Phase eines schwungvollen Arbeitsbeginns. Die öffentliche Wahrnehmung ist: Die Koalition legt los - und die SPD ist dabei die treibende Kraft.

Was wir dabei natürlich auch gespürt haben ist: Mit zunehmender Geschwindigkeit nimmt auch der Gegenwind zu. Wo die Vorhaben konkret werden, wird auch die Betroffenheit konkret und entsprechend regt sich die Kritik. Das ist normal und das ist auch gut, denn es zeigt, dass man uns zutraut, dass wir es wirklich ernst meinen mit unseren Vorhaben.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, dieses Bild der Entschlossenheit durch ein Bild der Geschlossenheit zu ergänzen und zu untermauern. Wir brauchen eine Geschlossenheit in der SPD und wir brauchen eine Geschlossenheit in der Koalition.

Das vor allem ganz besonders bei den Vorhaben, mit denen wir jetzt unsere großen Erfolge in den Koalitionsverhandlungen umsetzen wollen, also beim Rentenpaket, bei der Energiewende, dann auch beim Mindestlohn und den anderen Maßnahmen für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Natürlich ist Geschlossenheit eine besondere Herausforderung bei einem so komplexen Vorhaben wie dem **Neustart der Energiewende**, bei dem es unvermeidlich auch sehr unterschiedliche wirtschaftliche und regionale Betroffenheit gibt. Fest steht: Die Energiewende ist eine Erfolgsgeschichte. Allerdings belastet sie zugleich durch die steigende EEG-Umlage die Verbraucherinnen und Verbraucher mit inzwischen 24 Mrd. Euro jährlich. Dies trifft vor allem auch Haushalte mit niedrigem Einkommen. Hier ist ein rasches Umsteuern unverzichtbar. Sonst verkehrt sich der bisherige Erfolg beim Ausbau der Erneuerbaren Energien schnell in sein Gegenteil: Der ungebremsste Anstieg der Strompreise durch die EEG-Umlage gefährdet die Akzeptanz der Energiewende bei den Bürgerinnen und Bürgern und er schadet dem Industriestandort Deutschland.

Die gesamte deutsche Wirtschaft profitiert vom entschiedenen Vorgehen von Sigmar Gabriel in der Frage, ob die Befreiung von energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Hier muss jetzt eine Verständigung mit der EU-Kommission erreicht werden. Unternehmen im Ausland müssen die vom EEG aufgefangenen Zusatzkosten für Forschung und Entwicklung sowie Markteinführung der Erneuerbaren Energien nicht tragen. Deswegen sind die Ausnahmen für Unternehmen im internationalen Wettbewerb auch keine unerlaubte Subvention.

Gegenwind gab es, wie nicht anders zu erwarten, auch zum Entwurf des **Rentenpakets**. Die Kosten der Reform werden in der Öffentlichkeit oft überzogen dargestellt. Sie liegen in diesem Jahr bei 4,4 Mrd. €, das sind weniger als 2 % der aktuellen jährlichen Ausgaben der Allgemeinen Rentenversicherung. Die Mütterrente macht drei Viertel davon aus. In 2015 steigen die Kosten auf 9 Mrd. €, bis 2020 auf 10 Mrd. € p.a. und bis 2030 auf 11 Mrd. € p.a.

Diese zusätzlichen Rentenleistungen sind weder Geschenke noch Ausdruck einer „Generationenkumpaneel“, die uns von der grünen Opposition vorgeworfen wurde. Im Gegenteil: Langzeitarbeitnehmer wie auch - durch ihre Erziehungsleistung - Mütter haben mir ihrem Einsatz entscheidend zu einem stabilen umlagefinanzierten Rentensystem beigetragen. Deshalb geht es hier um Gerechtigkeit und Respekt. Wir sollten dabei nicht die Generationen gegeneinander ausspielen. Wir haben auch die Zukunftschancen der jungen Generation fest im Blick. Über diese entscheidet nicht die aktuelle Rentenpolitik, sondern die Investitionen, die wir in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wirtschaft tätigen und mit denen wir die Grundlage für künftige Einkommen und die künftige Rentenfinanzierung schaffen.

In den Koalitionsverhandlungen haben wir als wichtigen Schritt zur doppelten Staatsbürgerschaft die **Abschaffung der Optionspflicht** im Staatsangehörigkeitsgesetz durchgesetzt. Damit soll verhindert werden, dass hier geborene Kinder, denen bei Geburt beide Pässe zugestanden wurden, eine dieser Staatsangehörigkeiten mit Volljährigkeit (zwischen 18 und 23) verlieren. Im Koalitionsvertrag steht: „Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll seinen deutschen Pass nicht verlieren und keiner Optionspflicht unterliegen.“ Das gilt und dazu stehen wir. Jetzt geht es darum, wie dieses Ziel umgesetzt wird. Derzeit wird diskutiert, wie der Begriff „in Deutschland aufgewachsen“ auszulegen ist. Wir setzen uns für eine unbürokratische Lösung ein, die keine Hindernisse für Menschen aufbaut. Unsere



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Staatsministerin Aydan Özoguz und Bundesinnenminister de Maiziere sind darüber im Gespräch und werden hier eine einvernehmliche Regelung finden.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zur Woche

NATO-„Operation Active Endeavour" fortsetzen

Die Bundesregierung will den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO-„Operation Active Endeavour" (OAE) bis zum 31.12.2014 verlängern. Die Operation überwacht den Mittelmeerraum und dient als Kooperationsplattform und Konsultationsforum. Auf unseren Wunsch hin ist das Mandat verändert worden. Der deutsche Beitrag beschränkt sich nun auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Einsatzverbänden der NATO und an den NATO Aufklärungs- und Frühwarnflugzeugen (AWACS) sowie auf den Austausch von Lagedaten. Die personelle Obergrenze ist von 700 auf 500 Soldatinnen und Soldaten abgesenkt worden. Zudem wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, OAE perspektivisch in eine NATO-Routinemission zu überführen, die sich nicht mehr auf Artikel 5 NATO-Vertrag („Verteidigungsfall") stützt. Somit handelt es sich beim jetzt abzustimmenden Mandat um ein Übergangsmandat, das wir ohne Weiteres mittragen können. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren können wir dem veränderten Mandat diesmal auch deshalb zustimmen, da der Auftrag der Bundeswehr eindeutig auf Aufklärung und Überwachung des Seeraumes im Mittelmeer begrenzt ist und auf exekutive Befugnisse der Gewaltanwendung verzichtet.

Beteiligung an NATO-Einsatz „Active Fence" verlängern

Die Bundesregierung beantragt, die deutsche Beteiligung am NATO-Einsatz „Active Fence" zu verlängern. Das Mandat wurde Anfang 2013 auf Bitten der Türkei und auf Beschluss des Nordatlantikrats eingerichtet. Die Lage in der Grenzregion zwischen der Türkei und Syrien bleibt angespannt. Daher hat die Türkei ihren Antrag an die NATO erneuert. Deutsche „Patriot"-Flugabwehrsysteme und Streitkräfte sollen weiterhin in die Region entsandt werden. Sie haben die Türkei vor syrischen Raketenangriffen geschützt und ein Übergreifen des syrischen Bürgerkriegs verhindert. Die Rahmenbedingungen des Einsatzes sind unverändert. Er hat klar defensiven Charakter und zielt ausschließlich auf militärische Abschreckung. Die Personalobergrenze liegt bei bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten. Die Patriot-Systeme und ihr Personal sind dem Oberbefehlshaber der NATO unterstellt. Eine Verlegung von AWACS-Flugzeugen in die Türkei ist weder geplant noch absehbar. Wie bereits im Dezember 2012 werden wir dem Mandat daher unsere Zustimmung erteilen können.